

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)Name [Stadt Hildesheim](#)Straße [Markt 2](#)PLZ, Ort [31134 Hildesheim](#)Telefon [+49 5121-3011704](#)E-Mail oeffentliche-auftraege@stadt-hildesheim.deFax [+49 5121-301951707](#)Internet <http://www.stadt-hildesheim.de/rathaus-verwaltung/ausschreibungen>**b) Vergabeverfahren** **Öffentliche Ausschreibung, VOB/A**Vergabenummer [65.26/026](#)**c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen**

Zugelassene Angebotsabgabe:

☒ elektronisch[in Textform](#)[Bekanntmachungs-ID: CXVHY5HDYRVKUBWG](#)☐ schriftlich**d) Art des Auftrags**☒ Ausführung von Bauleistungen☐ Planung u. Ausführung von Bauleistungen☐ Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)**e) Ort der Ausführung**[Städtisches Verwaltungsgebäude](#)[Markt 3](#)[31134 Hildesheim](#)**f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen**

Art der Leistung: [Errichtung einer krankentragerechten Aufzugsanlage nach DIN EN 81-20/50, -70, 1.200 kg, 6 HSt im Verwaltungsgebäude Markt 3 in Treppenhaus Jakobistraße.](#)

Umfang der Leistung: [Errichtung einer krankentragerechten Aufzugsanlage nach DIN EN 81-20/50, -70, 1.200kg, 6 Haltestellen. Demontage von zwei Bestandsaufzügen \(Zwillingsanlage\), je 480kg 6 Haltestellen.](#)

g) Angabe über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen

Anlage

Zweck des Auftrags

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang der Lose siehe Buchstabe f)☒ nein☐ ja, Angebote sind möglich☐ nur für ein Los☐ für ein oder mehrere Lose☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

- ☐ Beschränkung der Zahl der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhalten kann

Höchstzahl: siehe Bekanntmachung bzw. Aufforderung zur Interessensbestätigung

Bedingungen zur Ermittlung derjenigen Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, falls sein Angebot in mehr Losen das wirtschaftlichste ist als der angegebenen Höchstzahl an Losen

i) Ausführungsfristen

- ☐ Beginn der Ausführung:
- ☒ Fertigstellung oder Dauer der Leistungen:
- ☐ weitere Fristen

Bestimmungen über die Ausführungsfrist:

Beginn: 30.11.2026

Ende: 31.03.2027

j) Nebenangebote

- ☐ zugelassen
- ☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen
- ☒ nicht zugelassen

k) mehrere Hauptangebote

- ☐ zugelassen
- ☒ nicht zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.

Online-Plattform

"DTVP"

(<https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXVHY5HDYRVKUBWG/documents>)

Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen:

- ☐ Abgabe Verschwiegenheitserklärung
- ☐ andere Maßnahme:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist.

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

- ☒ nachgefordert
- ☐ teilweise nachgefordert und zwar folgende Unterlagen:
- ☐ nicht nachgefordert

Auskunftserteilung über Vergabeunterlagen 12.10.2026
und Anschreiben bis

- o) Ablauf der Angebotsfrist** am 20.10.2026 um 10:30 Uhr
- Ablauf der Bindefrist: am 13.11.2026

p) Adresse für elektronische Angebote

"DTVP" (<https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXVHY5HDYRVKUBWG>)

Anschrift für schriftliche Angebote

- q) **Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:** Deutsch;
- r) **Zuschlagskriterien** Niedrigster Preis
- s) **Eröffnungstermin** am 20.10.2026 um 10:30 Uhr
Ort Stadt Hildesheim - Fachbereich Recht - Öffentliches Auftragswesen
 (Submissionsstelle) Markt 2, Raum A 304, 31134 Hildesheim
- Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen Die Angebotsöffnung wird von der Vergabestelle der Stadt Hildesheim (Bereich Öffentliches Auftragswesen) durchgeführt. Weitere Anwesende sind nicht zugelassen.
- t) **geforderte Sicherheiten** Siehe Vergabeunterlagen
- u) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind** siehe Allgemeine Auftrags- und Zahlungsbedingungen der Stadt Hildesheim
- v) **Rechtsform der / Anforderung an Bietergemeinschaften** Haftung aller Mitglieder als Gesamtschuldner mit einem bevollmächtigten Vertreter.

w) Beurteilung zur Eignung

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" ist erhältlich

Online auf "DTVP" (<https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXVHY5HDYRVKUBWG/documents>) oder Vergabestelle, siehe a)

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:

Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen**Bedingung an die Auftragsausführung**

- Mindestentgelterklärung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Die Vergabe kann von der Vorlage von Nachweisen gem. § 4 Nds. Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) abhängig gemacht werden. Hier: Tariftreue- und Mindestentgelterklärung gem. § 4 Abs. 1 NTVergG. Ein entsprechendes Formblatt liegt den Vergabeunterlagen bei.

Persönliche Lage der Wirtschaftsteilnehmer

- Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft (VHB 124) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angaben zur Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft müssen gemacht werden. Die Eigenerklärung wird mit dem Formblatt VHB 124 abgegeben. Dies liegt den Unterlagen bei.
- Registereintragung (VHB 124) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Das Unternehmen hat sein Gewerbe ordnungsgemäß angemeldet und ist ordnungsgemäß eingetragen. Die Eigenerklärung kann mit dem Formblatt VHB 124 abgegeben werden. Dieses liegt den Vergabeunterlagen bei.

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Angaben zu Arbeitskräften (VHB 124) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Das Unternehmen hat das erforderliche qualifizierte Personal zur Verfügung. Es sind Angaben zur durchschnittlichen jährlichen Beschäftigungszahl zu machen. Die Eigenerklärung kann mit dem Formblatt VHB 124 abgegeben werden. Dieses liegt den Vergabeunterlagen bei.
- Referenzen zu Bauleistungen (VHB 124) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Das Unternehmen hat in den letzten drei Geschäftsjahren vergleichbare Leistungen (Art, Umfang sowie Vertragsdauer) ausgeführt. Es werden 3 Referenzen benannt. Die Eigenerklärung kann mit dem Formblatt VHB 124 abgegeben werden. Dieses liegt den Vergabeunterlagen bei.

Auf Anforderung der Vergabestelle vorzulegende Unterlagen**Sonstige Unterlagen**

- Nachweis der gesetzl. Sozialversicherungsträger über die Entrichtung von Beiträgen (mittels Dritterklärung vorzulegen): Sofern das Unternehmen nicht präqualifiziert ist, ist der Nachweis der gesetzl. Sozialversicherungsträger über die Entrichtung von Beiträgen auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen.

Sonstige Bedingungen

Der Bieter hat das Vorliegen der geforderten Kriterien sowie das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nachzuweisen. Die Nachweise können durch Eigenerklärung gemäß dem anliegenden Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" erbracht werden oder durch die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE). Auf Anforderung sind die Eigenerklärungen innerhalb von 6 Kalendertagen mit Nachweisen zu belegen. Die Vergabe kann außerdem von der Vorlage von Nachweisen gem. §§ 4 und 5 Nds. Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) abhängig gemacht werden. Hier: Tariftreue- und Mindestentgelterklärung gem. § 4 Abs. 1 NTVergG. Ein entsprechendes Formblatt liegt den Vergabeunterlagen bei. Auf die Abgabe der Erklärung (auf dem Formblatt) zur Eignung sowie zu § 4 Abs. 1 NTVergG kann nur verzichtet werden, wenn das Unternehmen präqualifiziert ist und im Rahmen der Präqualifizierung inhaltsgleiche Erklärungen bestehen (eine inhaltliche identische Erklärung gem. § 4 Abs. 1 NTVergG hinterlegt ist). Präqualifiziert ist, wer in der Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifizierungsverzeichnis) eingetragen ist (Bau) oder seine Eignung bei einer Präqualifizierungsstelle (PQ-Stelle) nachgewiesen hat (Liefer- und Dienstleistungen).

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Fax
Internet

Hinweis zur elektronischen Vergabe/Registrierung:

Nur mit erfolgter Registrierung und Bestätigung der "Teilnahme am Verfahren" ist gewährleistet, dass Sie E-Mail Benachrichtigungen über neue Nachrichten der Vergabestelle (z.B. Informationen zu Bieterfragen und Aktualisierung der Vergabeunterlagen) erhalten.

Die elektronische Angebotsabgabe ist nur für registrierte Unternehmen möglich.

Die elektronische Angebotsabgabe erfolgt entweder webbasiert oder über das Bieter tool der Vergabeplattform dtvp.de. Das Bieter tool ist eine Desktop-Anwendung, welche sich automatisch installiert. Die webbasierte Angebotsabgabe bietet dieselben Funktionalitäten des Bieter tools auf einer barrierefreien Benutzeroberfläche sowie einige darüberhinausgehende Funktionen, wie die historisierte Anzeige aller Angebote und Teilnahmeanträge; zudem ist keinerlei zusätzliche Installation erforderlich. Hiermit wird eine lokale Verschlüsselung der Angebote sichergestellt.

Angebote dürfen nicht per einfacher E-Mail oder per Fax eingereicht werden.

Bei elektronischer Angebotsabgabe ist die Textform gem. § 126b BGB vorgeschrieben.